

SOLIDARITÄT

Ausgabe Nummer 989, Oktober 2020

www.oegb.at f @ t v



DEMOKRATIE IN QUARANTÄNE

Corona-Krise:
Gratwanderung
zwischen Gesundheit
und Mitbestimmung

KURZARBEIT SCHÜTZT HUNDERTTAUSENDE

Das Krisenmodell geht
in die Verlängerung.

SEITE 7

MITBESTIMMUNG BEGINNT IM BETRIEB

Wer kämpft, muss auch
geschützt werden.

SEITE 10

EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER

Viele Vorteile im Beruf
und in der Freizeit.

SEITE 20



VOR 73 JAHREN IN DER SOLIDARITÄT

Nach hartnäckigen Auseinandersetzungen, wochenlangen Sitzungen und Beratungen wurde das heißumstrittene Betriebsrätegesetz am 18. März 1947 endlich im Nationalrat beschlossen. Damit entstand einer der wichtigsten Grundpfeiler des österreichischen Arbeitsrechts und vor allem der Mitbestimmung in den Betrieben. ■

RISIKOGRUPPEN-REGELUNG

Für Menschen, die der Corona-Risikogruppe angehören, gelten während der Krise Ausnahmeregelungen. Diese Regeln wurden zuletzt immer nur für einen Monat verlängert. Für Betroffene bedeutete das eine ständige Ungewissheit, die Verunsicherung war entsprechend groß. Deshalb hat der ÖGB nachdrücklich eine Verlängerung bis Jahresende gefordert und war damit letztlich erfolgreich: Ende August gab das Gesundheitsministerium bekannt, dass die Regelung bis zum Ende des Jahres 2020 verlängert wird. Was nun noch aussteht, ist die Umsetzung zweier weiterer ÖGB-Forderungen: die Ausweitung der Regelung auf Angehörige und ein Kündigungsschutz für Betroffene für die Zeit nach Corona. ■

HOHE ARBEITSLOSIGKEIT

Auch wenn die Arbeitslosenzahlen seit dem Höhepunkt des Corona-Lockdowns kontinuierlich sinken, sind sie immer noch viel zu hoch. Für den Herbst wird saisonbedingt ein weiterer Anstieg prognostiziert, und täglich Hunderte neue Corona-Fälle und Insolvenzanmeldungen sind auch kein Zeichen für eine Entspannung am Arbeitsmarkt. Die Senkung der Arbeitslosigkeit auf das Niveau vor der Corona-Krise sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen müssen auf der politischen Prioritätenliste ganz oben stehen, fordert der ÖGB. Dazu braucht es ausreichend Programme und finanzielle Mittel. Konkrete Maßnahmen dazu von der Bundesregierung fehlen aber immer noch. ■

GUT GEBRÜLLT / UNS-ZUGEMÜLLT



„Ohne machtvolle Gewerkschaften ist eine moderne Demokratie nicht denkbar.“

MICHAEL KÖHLMEIER
SCHRIFTSTELLER

Im Rahmen des Sommerdialogs zum Thema „Demokratie und Mitbestimmung“ hat der ÖGB ArbeitnehmerInnen sowie Kunst- und Kulturschaffende in ganz Österreich gefragt, was Demokratie für sie bedeutet und welche Mitbestimmungsmöglichkeiten sie sich in Politik und Arbeitswelt wünschen. Einer, der sich zu Wort gemeldet hat, ist Bestsellerautor Michael

Köhlmeier: Demokratie sei immer etwas Historisches und nichts Absolutes. Sie aufzubauen sei eine schwierige Angelegenheit – sie zu erhalten noch viel schwieriger, erklärt der Schriftsteller und betont die zentrale Rolle der Gewerkschaftsbewegung: „Ohne machtvolle Gewerkschaften ist eine moderne Demokratie nicht denkbar.“

HERAUSGEBER Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 **MEDIENINHABER** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39813, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at
HERSTELLER Walstead Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21 **VERLAGSORT** Wien **HERSTELLUNGsort** Neudorf **KAUFMÄNNISCHE LEITUNG** Christoph Höllriegel **CHEFREDAKTION** Andreas Berger **CHEF VOM DIENST** Dietmar Meister **AUTORINNEN** Corinna Bürgmann, Toumaj Faragheh, Patrick Fischer, Franz Fischill, Litsa Kalaitzis, Barbara Kasper, Peter Leinfellner, Marliese Mendel, Sara Velic; Carmen Braun (Oberösterreich); Jutta Moser-Daringer, Ursula Schupfer (Salzburg); Helena Sachers (Tirol); Sabine Rudigier, Philip Vondrak (Vorarlberg); Marcus Arige (Niederösterreich); Martin Fill (Steiermark); Birgit Hartmann (Kärnten) **ART-DIREKTION** Oskar Bischof **BASISDESIGN** ÖGB-Verlag **TITELBILD** neurobite – stock.adobe.com, Sid10 – stock.adobe.com Bearbeitung: Oskar Bischof **ANZEIGEN** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **SEKRETARIAT** Sonja Adler **LEKTORAT** Karin Flunger **REDAKTIONSADRESSE**: 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli **OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ, § 25**: www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr. 0046655

ANGST VOR DEM UNBEKANNTEN

Was Corona mit der Psyche macht

Am 10. Oktober findet der Internationale Tag der psychischen Gesundheit statt. Der Welttag steht für globale Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit und die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen. In diesem Jahr kommt dem Thema psychische Gesundheit besondere Bedeutung zu. Denn Corona geht an den meisten nicht spurlos vorbei. Im Gegenteil: Die aktuelle Pandemie macht es vielen Menschen schwer, ihre sozialen und psychischen Bedürfnisse zu erfüllen. Wie sich die Ausnahmesituation konkret auf unsere Psyche auswirkt, weiß Psychologe Roland Bugram. Im ÖGB-Interview erklärt er: „Das große Unbekannte löst in allen Menschen Stress und Angstgefühle aus.“ Menschen mit instabilem Umfeld seien jedoch doppelt gefährdet. Das ganze Interview gibt es auf soli.at ■

WENN DAS KIND KRANK WIRD

Eltern haben Recht auf Freistellung

Auf die Frage, was Eltern tun können, wenn ihr Kind erkrankt, hat die Regierung zuletzt auf die Möglichkeit der Sonderbetreuungszeit verwiesen.

Diese kann für maximal drei Wochen in Anspruch genommen werden, wenn Kinder aufgrund von Krankheit nicht zur Schule gehen können. Allerdings muss diese Sonderbetreuungszeit mit dem Arbeitgeber vereinbart werden, einen Rechtsanspruch darauf gibt es nicht.

Was die Regierung den Eltern nicht gesagt hat: ArbeitnehmerInnen, die sich um ein krankes Kind kümmern müssen, haben – völlig unabhängig von der Sonderbetreuungszeit – ein Recht auf bezahlte Freistellung. Diese muss nicht mit dem Arbeitgeber vereinbart werden, ihn darüber zu informieren, dass man sich ums kranke Kind kümmern muss, reicht. Alle Informationen dazu gibt's auf www.soli.at. ■



WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT

Demokratie ist kein Selbstläufer, sie muss ständig aufs Neue verteidigt werden. Das gilt in einer Gesellschaft wie auch in jedem Unternehmen, für die Mitsprache von ÖGB und Gewerkschaften bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Kurzarbeit genauso wie für die hart erkämpften Rechte des Betriebsrats. Denn die betriebliche Mitbestimmung ist ein wesentlicher Teil der Demokratie. Der Betriebsrat achtet nicht nur darauf, dass Gesetze und Regelungen im betrieblichen Alltag eingehalten werden, er gestaltet sie mit.

Das gilt bei KV-Verhandlungen wie bei zentralen Themen wie Homeoffice, Schichtdiensten und zusätzlicher Freizeit. All das ist in vielen Unternehmen in Betriebsvereinbarungen geregelt, wie sie eben nur mit dem Betriebsrat abgeschlossen werden können. Auch die Kurzarbeit, die aktuell Hunderttausende Arbeitsplätze rettet, kann mit dem Betriebsrat rascher abgewickelt werden. Und der Betriebsrat weiß Bescheid über die wirtschaftliche Entwicklung, er ist gerade in Krisenzeiten die starke Stimme der Beschäftigten.

Betriebsratsarbeit ist in Zeiten wie diesen besonders wichtig. Ich danke allen, die diese Aufgabe so gewissenhaft, mit so viel Herzblut und Know-how wahrnehmen – und den ArbeitnehmerInnen damit vor Augen führen, wie wichtig Demokratie ist und wie Mitbestimmung unser Leben positiv verändern kann. ■

EXKLUSIVE NEWS UND PREISVORTEILE

ÖGB-Newsletter

Jede Woche die wichtigsten News und Preisvorteile – gratis, kompakt und jederzeit kündbar.

JETZT ABONNIEREN:

www.oegb.at/newsletter






DEMOKRATIE IN QUARANTÄNE

*In Krisenzeiten wird vieles möglich, was
davor keine Mehrheit gefunden hätte.
Es kommt aber auch die Zeit danach.
Für die Demokratie ist das Ganze
alles andere als einfach.*

TEXT Patrick Fischer



Eine „Zumutung für die Demokratie“ beklagte Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel, eine „neue Normalität“ begrüßte Österreichs Regierungschef Sebastian Kurz, in seinem Dunstkreis wurde sogar von „Maßnahmen am Rand des demokratischen Modells“ fantasiert. Dass Merkel und Kurz aus der gleichen Parteienfamilie stammen, ist angesichts ihrer unterschiedlichen Interpretationen der Lage fast überraschend.

Ein schmaler Grat

Unbestritten ist, dass fallweise harte und mitunter schmerzhaft Maßnahmen nötig sind, um in Zeiten der Pandemie Herr der Lage zu bleiben. Entscheidend ist aber die Frage: Wie ist das mit Demokratie und Mitbestimmung – zentrale Anliegen der Gewerkschaftsbewegung – zu vereinbaren? Für Willi Mernyi belegen diese Zitate vor allem eines: „Es zeigt, wie schmal der Grat ist, auf dem man zwischen Demokratie und Machtrausch entlangtänzelt und wie hart der Kampf gegen den Absturz sein kann, wenn man auf der richtigen Seite bleiben will“, so der Leitende Sekretär des ÖGB.

Im schlechtesten Fall werden autoritäre Tendenzen ausgelebt und Machtfantasien umgesetzt – ein Blick auf Europa und den Rest der Welt reicht, um zu erkennen: Jede Krise wird ausgenützt. Diesmal wird eben unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Corona-Pandemie die Demokratie zumindest vorübergehend geschwächt. Während die Freiheiten der Menschen (notwendigerweise) eingeschränkt werden, bauen Regierende ihre oft massiv aus. „Das erste Opfer sind dabei viel zu oft die Grundrechte der BürgerInnen“, warnt Mernyi.

Regieren per Verordnung

Dass US-Präsident Donald Trump gerne per „Executive Order“ regiert, wird oft – und zu Recht – kritisiert. Aber auch in Österreich wird seit Beginn der Corona-Krise bevorzugt mit Verordnungen das Leben der Menschen im Land bestimmt und einschneidend verändert. Das Parlament

samt seinen gewählten Abgeordneten als gesetzgebende Kraft wurde zuletzt vielfach de facto ausgeschlossen. Viele Entscheidungen hat die Regierung im Alleingang gefällt, entsprechende Texte wurden dann viel zu spät veröffentlicht. Für eine fundierte Reaktion, bevor das Angekündigte zur Wirklichkeit wird, ist in solchen Fällen keine Zeit. „Demokratie bedeutet Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft“, heißt es im Grundsatzprogramm des ÖGB; in Betriebsräten, Gewerkschaften oder Arbeiterkammern lebt man das vor. Auf parlamentarischer Ebene war dies in letzter Zeit oft nicht möglich – und mitunter wohl gar nicht gewollt.

„So bin ich nicht“

Als Folge einer solchen Politik muss die Polizei als Exekutive vermeintliche Anweisungen der Legislative umsetzen, die sie häufig nur als Zitate von Pressekonferenzen kennt. Ostern ist als übles Beispiel noch in trauriger Erinnerung: Der Eingriff in die Freiheit der Menschen erfolgte per Pressekonferenz. Später stellte sich heraus, dass nur der Wunsch der Vater des Regierungsgedankens war.

Gesetzgebung per Pressekonferenz funktioniert eben nicht. „So bin ich nicht“, würde die Demokratie wohl sagen. Kritik daran wird aber von höchster Stelle als „juristische Spitzfindigkeit“ abgetan; selbst dann, wenn Höchstgerichte aktiv werden müssen und vieles davon als rechtswidrig erkennen. Erschwerend kommt hinzu, dass Österreichs Parlament traditionell als verlängerter Arm der Regierung bei der Umsetzung von Gesetzesvorhaben handelt statt umgekehrt – die Verwaltung bestimmt also über die Entstehung von Gesetzen. Das war so nicht geplant.

Was möglich ist, wird auch gemacht

Contact Tracing, Corona-App und etliches mehr – viele Maßnahmen dienen der Überwachung der Menschen, vieles davon ist während der Pandemie jedenfalls hilfreich, manches davon auch nachvollziehbar. Die große Gefahr: Ist die Krise vorbei, bleibt die Überwachung mit völlig neuen Argumenten trotzdem. „Maßnahmen, die während der Krise akzeptabel sind, dürfen kein Dauerzustand wer-



„Maßnahmen, die während der Krise akzeptabel sind, dürfen kein Dauerzustand werden, nur weil manch Regierender es für praktisch halten könnte.“

WILLI MERNYI
LEITENDER SEKRETÄR DES ÖGB

den, nur weil manch Regierender es für praktisch halten könnte“, warnt der Leitende ÖGB-Sekretär Mernyi. Was Friedrich Dürrenmatt in seinen „Physikern“ beschrieben hat, ist damit aktueller denn je: Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden. Oder, wie Mernyi sagt: „Wenn etwas möglich ist, dann wird es früher oder später auch gemacht. Das gilt für großartige technische Errungenschaften genauso wie für demokratiefeindliche Fantasien. Ein aktiver und schützender Umgang mit der Demokratie ist alternativlos, wenn man sie bewahren will.“

Diktatur in Europa

Ein sorgenvoller Blick auf die Demokratie ist aber kein Spezifikum der Corona-Zeit. „Österreich selbst hat vor weniger als hundert Jahren die Gräuel der Diktatur erlebt, einige nahe gelegene Länder noch vor wenigen Jahrzehnten“, erinnert Willi Mernyi, der auch Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich ist. Griechenland litt von 1967 bis 1974 unter einer Militärdiktatur, Spanien entkam erst 1978 nach qualvollen Jahrzehnten dem Regime

von Francisco Franco. „Und selbst jetzt ist Europa noch nicht vollständig demokratisch: In Belarus zeigt ein autoritäres und diktatorisches Regime gerade seine hässlichste Fratze“, verweist Mernyi auf die aktuelle Katastrophe im Herzen des Kontinents.

Der tägliche Kampf lohnt sich

Die Demokratie sei weder perfekt, noch habe sie eine Antwort auf alle Fragen, aber sie sei besser als jede andere Regierungsform, erklärte Winston Churchill im November 1947. Das hat auch heute unverändert Gültigkeit – und dafür lohnt es sich zu kämpfen, appelliert Willi Mernyi: „Mit der Demokratie muss behutsam umgegangen, für ihre Werte jeden Tag aufs Neue eingestanden werden. Vor allem in Zeiten, in denen der einfache und schnelle Weg so verlockend erscheint.“ ■

KURZARBEIT SCHÜTZT HUNDERTTAUSENDE

588.205 Menschen waren in Österreich zum Höhepunkt der Corona-Krise ohne Arbeit. Dass es nicht dreimal so viele waren, ist nur der Kurzarbeit zu verdanken, die jetzt mit einigen Verbesserungen in die Verlängerung geht.

TEXT Litsa Kalaitzis



Die von den Sozialpartnern verhandelte Kurzarbeit war eine der ersten Corona-Maßnahmen, die im März beschlossen wurden – massenhaft Kündigungen und Entlassungen wurden damit verhindert. Denn zur Höchstphase waren rund 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit, Ende September immer noch Hunderttausende. Weil sich der Arbeitsmarkt leider auch nicht so schnell erholen wird, haben die Gewerkschaften auf eine weitere Verlängerung des bereits im Sommer einmal adaptierten Modells gedrängt und einiges erreicht. Die sogenannte Kurzarbeit III kann seit 1. Oktober für maximal sechs Monate in Anspruch genommen werden. Die Nettoersatzrate bleibt bei 80 bis 90 Prozent des letzten Nettoentgelts vor der Kurzarbeit im internationalen Vergleich großzügig. Lehrlinge bekommen unabhängig von ihrer Arbeitszeit 100 Prozent.

Arbeitszeit zwischen 30 und 60 Prozent

Die Arbeitszeit in der Kurzarbeit kann jetzt zwischen 30 und 80 Prozent liegen, sie bezieht sich immer auf die Normalarbeitszeit vor Beginn der Kurzarbeit. Eine kürzere Arbeitszeit ist nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Sozialpartner möglich – zum Beispiel bei existenzbedrohenden Umsatzeinbußen. Flexible Arbeitszeitmodelle müssen an die Kurzarbeit angepasst werden.

Neu: Aus- und Weiterbildungspflicht

Neu ist die Verpflichtung für ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit, eine vom Arbeitgeber angebotene Weiterbildung zu absolvieren, die sich an der Normalarbeitszeit orientieren muss. Kurse, die mehr Zeit in Anspruch nehmen, müssen extra vergütet werden. Wird diese Ausbildung unterbrochen, etwa weil die Auf-

tragslage im Unternehmen mehr als Kurzarbeit braucht, haben die ArbeitnehmerInnen Anspruch darauf, die Ausbildung innerhalb von 18 Monaten abzuschließen.

Missbrauch verhindern

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian war es wichtig, bei den Kurzarbeitsanträgen der Unternehmen darauf zu achten, „dass es kein Durchwinken mehr geben darf“. Auch in diesem Punkt haben die Gewerkschaften sich durchgesetzt, Missbrauch ist kaum noch möglich. Unternehmen müssen nämlich im Kurzarbeitsantrag an das AMS die wirtschaftliche Notwendigkeit mit einer Prognoseberechnung begründen und auch Maßnahmen zur Krisenbewältigung vorlegen. Werden mehr als sechs MitarbeiterInnen zur Kurzarbeit angemeldet, müssen die Angaben von einem Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter bestätigt werden.

Kriseninstrument treffsicherer gemacht

„Die Kurzarbeit hat sich seit Ausbruch der Pandemie in Österreich bewährt“, sagt der ÖGB-Präsident: „Die Gewerkschaften haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dieses Kriseninstrument, um das uns viele Länder in Europa beneiden, weiterzuentwickeln und treffsicherer zu machen. Das hilft uns, das wichtigste Ziel zu erreichen: möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu halten.“ ■

EINE VORSORGE FÜR ALLE, DENEN DIE NATUR AM HERZEN LIEGT.



ECO SELECT INVEST.

Investieren Sie 100 % nachhaltig und mit gutem Gewissen. Eco Select Invest ist die erste fondsgebundene Lebensversicherung, die mit dem Österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet worden ist.

wienersaetdtische.at

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN



**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

Zu diesem Versicherungsprodukt gibt es ein Basisinformationsblatt, das bei Ihrer/Ihrem BeraterIn schriftlich und elektronisch (E-Mail) erhältlich ist. Die jeweils aktuelle Fassung finden Sie auch auf unserer Website wienersaetdtische.at

LOHNAUSGLEICH FÜR UGG-MITARBEITER UMGESATZT

Trotz Kurzarbeit gingen bei den Angestellten des UGG Outlet Shops im Outlet-Center Parndorf 100 Prozent des Gehaltes auf dem Konto ein. Der Betriebsrat hat gemeinsam mit der Gewerkschaft einen Lohnausgleich zur Nettoersatzrate ausverhandelt.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Homeoffice: Die Corona-Pandemie hat die ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber vor große Herausforderungen gestellt. Die COVID-19-Kurzarbeit hat das Schlimmste verhindert und auch vielen ArbeitnehmerInnen die Arbeitslosigkeit erspart. Eben auch den 12 Mitarbeitern von Deckers Austria, besser bekannt als UGG Shoes, im Designer Outlet Parndorf. Sie wurden mit dem Lockdown in Kurzarbeit geschickt.

90 Prozent des Nettogehaltes vor Corona waren den ArbeitnehmerInnen damit sicher. Doch dabei blieb es nicht: Nach Verhandlungen des ÖGB Neusiedl, angeführt von Regionalsekretär Johann Tesarek, und des Betriebsratsvorsitzenden Csaba Szandi sowie seines Stellvertreters Nandor Papp gibt es für die Beschäftigten mehr Geld. Der Konzern bezahlt trotz Kurzarbeit einen hundertprozentigen Lohnausgleich.

„Durch die gemeinsame Intervention des ÖGB Neusiedl und des Betriebsrates ist es uns gelungen, dass alle 12 Mitarbeiter von Deckers Austria in den Kurzarbeit-Monaten einen Lohnausgleich zu ihrer Nettoersatzrate ausbezahlt bekamen“, berichtet Neusiedls ÖGB-Regionalsekretär Johann Tesarek stolz und fügt an: „Es gibt Unternehmen, denen die Arbeitnehmer wichtiger sind als Gewinne und



Umsätze. Es wäre schön, wenn eine derartige Unternehmensführung Schule machen würde.“ ■

ÖGB-EHREN FÜR ENGELBERT FEIBEL

Zum 65. Geburtstag hat der ÖGB Engelbert Feibel für seine jahrelange Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung geehrt. Feibel war unter anderem ÖGB-Regionalvorsitzender von Güssing/Jennersdorf, Leiter der Gewerkschaftsschule Güssing, Personalvertreter im Bau- und Betriebsdienstleistungszentrum Süd, AK-Kammerrat und ArbeitnehmerInnenvertreter im AMS-Regionalbeirat in Jennersdorf. Nach knapp 50 Arbeitsjahren und ebenso langer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft trat er nun seine Pension an. ■

GROSSE AUSZEICHNUNG FÜR HEINZ KULOVITS

Für seine jahrzehntelange Tätigkeit als Arbeitnehmervertreter wurde der Zentralbetriebsratsvorsitzende der KRAGES und Landesvorsitzende der GÖD, Heinz Kulovits, von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes Burgenland ausgezeichnet. Kulovits war mehr als 42 Jahre im Krankenhaus Güssing tätig und ab 1982 ebendort Betriebsrat. Ab 1985 war er in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst als Funktionär aktiv, ab 2004 Vorsitzender des Landesvorstandes Burgenland der GÖD. Von 2014 bis 2019 war er zudem Vizepräsident der Arbeiterkammer Burgenland. Ende September trat er in den wohlverdienten Ruhestand. ■

ERSTMALS BETRIEBSRAT BEIM ASKÖ-LANDESVERBAND

Bei der Betriebsratswahl des ASKÖ-Landesverbandes Burgenland hat sich die Liste „Team ASKÖ“ der Wahl gestellt und ist mit Mehrheit gewählt worden. Ein gut funktionierender Betriebsrat ist nicht nur wichtig, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu vertreten. Gleichzeitig profitiert auch der Arbeitgeber vom Erarbeiten bestmöglicher Lösungsansätze für den Betrieb. Bei der konstituierenden Sitzung wurde die Marzerin Bettina Straub zur Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Tanja Schneider. Unterstützt werden die beiden von Kristin Haider-Maurer ■

MITBESTIMMUNG BEGINNT IM BETRIEB

Wer sich gewerkschaftlich engagiert, muss geschützt werden

TEXT: Corinna Bürgmann



Nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie steht unsere Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Aktuelle Fälle wie Douglas und Laudamotion zeigen, dass die betriebliche Mitbestimmung gerade in Krisenzeiten oft mit Füßen getreten wird: Betriebsratswahlen werden verhindert, BetriebsratskandidatInnen massiv unter Druck gesetzt oder sogar entlassen. Der ÖGB fordert daher, dass ArbeitnehmerInnen, die sich im Betrieb gewerkschaftlich engagieren, besser geschützt werden müssen – denn Demokratie bedeutet Mitbestimmung, und das muss auch in Zeiten einer Pandemie gelten.

Beschäftigte wollen mitreden

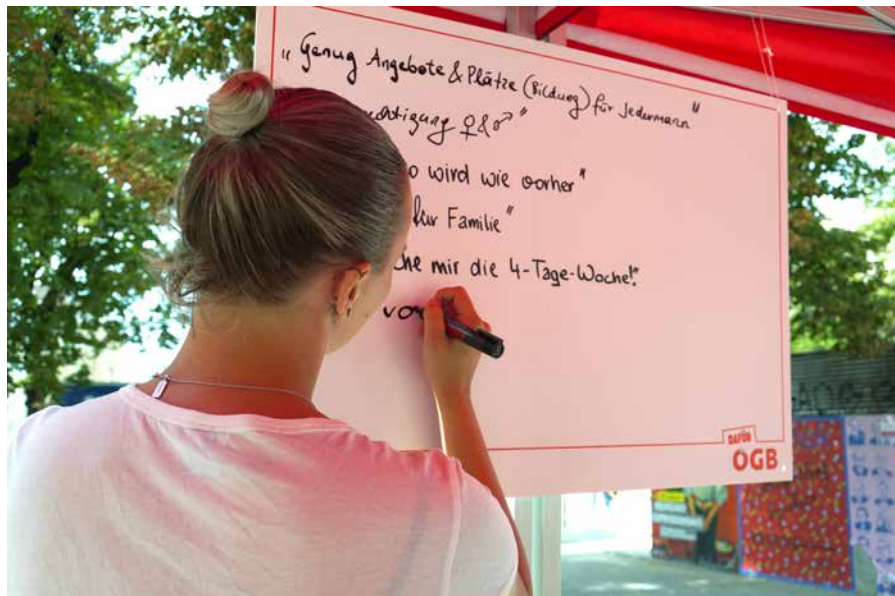
Im Rahmen des Sommerdialogs „Demokratie und Mitbestimmung“ hat der ÖGB ArbeitnehmerInnen in allen neun Bundesländern gefragt, welche Mitbestimmungsmög-

lichkeiten für sie besonders wichtig sind. Die Antworten waren vielfältig, bewegten sich um Arbeitszeit und Entlohnung genauso wie um Gleichberechtigung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das zentrale Ergebnis: Nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch am Arbeitsplatz wünschen sich die meisten mehr Demokratie und Mitbestimmung.

Zu einem ganz ähnlichen Schluss kommt das Institut für empirische Sozialforschung (IFES): Einer aktuellen IFES-Studie zufolge geben 70 Prozent der Befragten an, dass Gerechtigkeit für sie auch Mitbestimmung in der Politik und im Betrieb bedeutet. Vor allem Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Arbeitszeitverkürzung und bessere Entlohnung beschäftigen die ArbeitnehmerInnen – sie wollen die Rahmenbedingungen ihres Arbeitsalltags mitgestalten, auch wenn die Corona-Krise samt Kurzarbeit und Homeoffice die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in vielen Fällen erschwert hat.

Manager ohne Moral

Vor diesem Hintergrund und angesichts der feindseligen Haltung mancher Arbeitgeber gegenüber Betriebsräten fordert der ÖGB mehr Schutz für ArbeitnehmerInnen, die sich gewerkschaftlich engagieren. Roman Hebenstreit, Vorsitzender der Gewerkschaft vida, warnt im Rahmen einer Pressekonferenz zum Sommerdialog vor einer neuen Generation von ManagerInnen, die es mit der Moral nicht



ÖGB-SOMMERCIALOG

Der ÖGB veranstaltet seit dem Jahr 2019 Sommerdialoge zu wichtigen Themen. Jeder Dialog ist ein wichtiges Forum, um verschiedene Meinungen einzuholen und bestehende Konzepte an neue Herausforderungen anzupassen. Im Dialog mit Personen und Organisationen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird damit über den Sommer mit voller Kraft im Interesse der 1,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder gearbeitet. Im Rahmen des Sommerdialogs „Demokratie und Mitbestimmung“ war der ÖGB in ganz Österreich unterwegs.



so genau nehmen. „Mitbestimmung im Betrieb ist ja gesetzlich geregelt. Da ist eindeutig festgelegt, dass wenn in einem Betrieb mehr als fünf Personen beschäftigt sind, Organe der Arbeitnehmerschaft zu wählen sind. In der Praxis sieht es leider oft anders aus.“ Demokratie darf nicht darauf reduziert werden, alle paar Jahre bei der Wahl ein Kreuzerl zu machen, fordert auch Willi Mernyi, Leitender Sekretär des ÖGB. „Es muss möglich sein, sich für die Rechte von KollegInnen im Betrieb einzusetzen, ohne deshalb den Arbeitsplatz zu verlieren.“ ■

3 FORDERUNGEN FÜR MEHR MITBESTIMMUNG

1. Beschäftigte, die eine Betriebsratswahl organisieren, müssen bereits vor der Wahl vor Kündigung geschützt werden.
2. Das Aussperren von BetriebsrätInnen aus dem Betrieb muss strafbar sein.
3. GewerkschafterInnen muss der Zutritt zu Betrieben jederzeit möglich gemacht werden.

BESSER MIT BETRIEBSRAT

Vor allem in Krisenzeiten zeigen sich die Vorteile der betrieblichen Mitbestimmung

TEXT: Barbara Kasper

Zu Beginn der Krise wussten viele ArbeitnehmerInnen nicht, wie es mit ihnen weitergeht. Kündigung, Kurzarbeit oder Wiedereinstellungszusagen: Die Verwirrung war groß. Hier sind die Tausenden Betriebsräte in ganz Österreich zum Einsatz gekommen und haben für die ArbeitnehmerInnen die Übersetzer gespielt. Claudia Malecek ist Betriebsratsvorsitzende bei Saturn in der Shopping City Süd und steht stellvertretend dafür, welche Herausforderungen gemeistert werden und warum es vor allem in der Krise Sinn macht, einen Betriebsrat an seiner Seite zu haben.

Kurzarbeit eingeführt

Zuerst war es ein Schock“, erinnert sich Malecek an den Beginn der Corona-Krise im März, „dann habe ich zum Handy gegriffen und meinen Gewerkschaftssekretär angerufen. ‚Kurzarbeit‘ hat er gesagt und mir gleich alle Unterlagen gemailt. Damit bin ich zum Geschäftsführer gegangen, hab ihm alles auf den Schreibtisch gelegt und gesagt: ‚Wir machen Kurzarbeit!‘ Einen Moment hat er überlegt, dann hat er Ja gesagt“, erzählt sie. Bis dahin sei der Geschäftsführer eher auf Konfrontationskurs gewesen, „doch dann war plötzlich alles anders. Gemeinsam haben wir mit allen Beschäftigten Einzelgespräche geführt, sie motiviert und versucht, ihnen ihre Ängste zu nehmen“, freut sich Malecek heute noch über das gemeinsame Vorgehen.

Sozialplan verhandelt

Gemeinsame Lösungen zu finden, ist vor allem auch dann notwendig, wenn Jobs in Gefahr sind. Denn für die ArbeitnehmerInnen geht es um Existenzen. In Zeiten wie diesen, wo die Liste der Unternehmen mit drastischem Jobabbau immer länger wird, ist der Betriebsrat eine wichtige Stütze. Er kann mit dem Unternehmen einen Sozialplan ausverhandeln und die negativen Auswirkungen für die Beschäftigten möglichst gering halten.

Ziel dabei ist, möglichst viele Personen in Beschäftigung zu halten. Daher wird zuerst geschaut, ob man die Beschäftigten anderweitig im Betrieb einsetzen kann. Ist das nicht möglich, wird vor allem auf die Lebensumstände der Beschäftigten bei Kündigungen Rücksicht genommen – wie Sorgepflichten für Kinder oder pflegebedürftige Personen, Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit oder spezielle Bedürfnisse.

Unlängst konnte sich der Betriebsrat des Luftfahrtzulieferers FACC, der Mitte September den Abbau von 650 MitarbeiterInnen verkündet hatte, mit der Geschäftsführung auf einen Sozialplan verständigen. Dieser wurde „mit Rücksicht auf Personen mit Kindern und ältere ArbeitnehmerInnen geschnürt und enthält zudem einen Härtefallfonds“, berichten die BetriebsrätInnen der Gewerkschaften GPA-djp und Bau-Holz.



Betriebsrat ab fünf MitarbeiterInnen

Auch wenn schon ab fünf MitarbeiterInnen ein Betriebsrat gegründet werden kann, gibt es immer noch Unternehmen ohne Betriebsrat. Dabei verbessert die betriebliche Mitbestimmung nicht nur das Betriebsklima, sondern schafft auch einen Interessenausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und Geschäftsleitung. Und spätestens jetzt zeigt sich deutlich, dass es gerade in der Krise von Vorteil ist, einen Betriebsrat im Unternehmen zu haben. ■

AGRANA: LÖSUNGEN MÜSSEN AUF DEN TISCH!

Seit einigen Tagen bangen die Beschäftigten der Zuckerfabrik in Leopoldsdorf um ihre Arbeitsplätze. Das ist in diesen Tagen schon deshalb von besonderer Bedeutung, da uns die weltweite Corona-Pandemie gezeigt hat, wie wichtig regionale Produktionen sind.

„Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung nachkommen und die regionale Lebensmittelproduktion und damit die Arbeitsplätze sichern“, sagte AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser zu den Beschäftigten der AGRANA am Standort der Zuckerfabrik in Leopoldsdorf im Rahmen einer Betriebsversammlung. Gemeinsam mit Arbeiter-Betriebsratsvorsitzendem Walter Rotter und Angestellten-Betriebsratsvorsitzendem Rainer Eisen wurden berechtigte Sorgen der ArbeitnehmerInnen besprochen, ihnen wurde die volle Unterstützung seitens der Arbeiterkammer, des ÖGB NÖ und der Belegschaftsvertretung zugesichert. „Die Problematik rund um die Zuckerproduktion ist der Bundesregierung seit Jahren bekannt, es braucht daher rasch nachhaltige Lösungen zum Wohle aller Beteiligten in der Region“, so Wieser.

„Wir reden MIT den Beschäftigten, während die anderen zumeist nur ÜBER die Beschäftigten reden und unverbindliche runde Tische abhalten“, so Wieser. Das Problem der Herausforderungen in der Zuckerproduktion (Zuckermarktordnung, Neonicotinoide usw.) besteht nicht erst seit heute und ist in der Region und unter der Belegschaft schon lange Thema. Man hat teilweise den Eindruck, dass der Standort den Standpunkt bestimmt. So wie bei der zuständigen Bundesministerin Elisabeth Köstinger, die als damalige EU-



Abgeordnete im Jahr 2016 anlässlich drohender Probleme beim Auslaufen der EU-Zuckermarktordnung beschwichtigte, man solle „Chancen erkennen“ und „Chancen nutzen“. „Damit war und ist keiner Arbeitnehmerin und keinem Arbeitnehmer und schon gar keinem landwirtschaftlichen Produzenten geholfen, ganz im Gegenteil“, so Wieser. Derzeit stehen viele Existenzen in der Region auf dem Spiel, was zu Sorgen und Unsicherheit unter der Belegschaft führt. „Seit der Corona-Pandemie betont die Regierung auch permanent die Wichtigkeit der regionalen und unabhängigen Versorgung. Es ist also an der Zeit, diesen Worten endlich auch Taten folgen zu lassen und die Arbeitsplätze sowie die Zuckerproduktion zu sichern“, so Wieser. Es kann nicht sein, dass die Regierung den KonsumentInnen und BürgerInnen permanent ausrichtet, was sie tun sollen, gleichzeitig aber alle Betroffenen im Marchfeld im Regen stehen lässt. ■

KOMMENTAR /// CHRISTIAN FARTHOFER, ÖGB-LANDESSEKRETÄR NIEDERÖSTERREICH

TUNNELBLICK

Vor wenigen Wochen hielt Bundeskanzler Kurz eine Art Rede zur Lage der Nation. In dieser skizzierte er den Weg der kommenden Monate und schloss mit der Feststellung, dass er schon Licht am Ende des Tunnels sehen könnte. Seither ist einiges passiert, und man fragt sich, ob das Licht, das der Herr Bundeskanzler sah, tatsächlich das Ende des Tunnels beschreibt oder doch eher ein herannahender Zug ist.

Wir stehen vor enormen Herausforderungen, und diese sind noch nicht einmal im Ansatz gelöst. Weiterhin befinden sich über 400.000 Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitslosigkeit und weitere rund 460.000

Beschäftigte sind noch in der Kurzarbeit. Es gibt nicht wenige, die fürchten, aus diesen Menschen könnten schon bald Arbeitslose werden. Aktuelle Beispiele wie bei Mayr-Melnhof in Hirschwang oder bei MAN in Steyr machen deutlich, dass die Corona-Krise in der Industrie zeitverzögert einsetzt. Lange hatte man noch volle Auftragsbücher, die zunehmend leerer werden. Wenn das voll durchschlägt, dann blühen uns ein ganz heißer Herbst und Winter. Zugleich steigen derzeit die Zahlen von auf Corona positiv Getesteten, was wiederum den für Österreich so wichtigen Wintertourismus gewaltig negativ beeinflussen könnte.



Die so kurzfristig eingeführten neuen Methoden der Arbeit, Stichwort Homeoffice, sind nicht nur ein Segen, sondern werfen viele Fragen auf, denen wir uns stellen müssen: Kommt es zu einer Reduzierung der Arbeitszeit? Sinkt das Einkommen? Wie sieht es mit dem Recht auf Kinderbetreuung aus? Wie wird der Konsum von Pausen geregelt? Wie sieht es mit Pflegeurlaubs, Zeitausgleich und betrieblichem Miteinander aus? Wie man sieht, gibt es viel zu tun. Das Gefährlichste, das wir dazu entwickeln können, ist ein Tunnelblick. ■

DEM HASS NICHT INS NETZ GEHEN

Das musst du beachten, damit du wegen deiner Postings auf Facebook und Co. keinen Ärger im Job bekommst

TEXT: Peter Leinfellner



„Denke nach, bevor du postest“, rät ÖGB-Expertin Charlotte Reiff

Der Ton auf Plattformen wie Facebook, Instagram oder Twitter ist in den vergangenen Jahren rauer geworden. NutzerInnen lassen in Hasspostings, Fake News oder digitalem Mobbing ihren Gefühlen freien Lauf. Die Regierung zieht jetzt die Zügel an und versucht mit einem eigenen Gesetzespaket, Hass im Netz gegenzusteuern. Aber nicht nur im Privatleben, auch am Arbeitsplatz sind Hasspostings keine Seltenheit. Wie man sicher im Netz und den sozialen Medien unterwegs ist, erklärt ÖGB-Arbeitsrechtsexpertin Charlotte Reiff.

Solidarität: Ich bin wütend auf meinen Vorgesetzten oder meine Vorgesetzte und poste, dass er oder sie mich unfair behandelt hat und mich nur mehr nervt. Kann ich deswegen meinen Job verlieren?

Reiff: Unabhängig von den rechtlichen Konsequenzen sollte niemand seinen Ärger über Chefin oder Chef in ein Posting schreiben. Wenn man doch abfällig über die Vorgesetzten schreibt, könnte man im schlimmsten Fall entlassen werden. Das bedeutet, dass das Arbeitsverhältnis fristlos beendet wird.

Solidarität: Wenn ich in der Arbeitszeit rassistische oder andere herabwürdigende Postings oder Fotos teile, kann das Folgen haben? Macht es einen Unterschied, ob ich es während der Arbeit oder in meiner Freizeit mache?

Reiff: Das Internet und die sozialen Medien sind kein (arbeits-)rechtsfreier Raum. Ein Posting kann arbeitsrechtliche Folgen haben, wie etwa eine Entlassung. Man sollte generell nichts Diskriminierendes, Fremdenfeindliches, potenziell Beleidigendes oder keine sonstigen rechtswidrigen Inhalte ins Netz stellen – während und auch außerhalb der Arbeitszeit.

Solidarität: Was passiert, wenn ich im Krankenstand bin, aber zum Beispiel ein Foto von einem Ausflug poste?

Reiff: Im Krankenstand sollte ich darauf achten, dass ich wieder gesund werde. Sollte ich im Krankenstand sein und Fotos von einem Ausflug posten, dann könnten verschiedene Punkte arbeitsrechtliche Konsequenzen auslösen. Es kommt etwa auf die Art meiner Krankheit an, auf die Tätigkeit, die ich normalerweise im Job ausübe, auf die ärztliche Anordnung oder auch darauf, wie ich mich bei dem Ausflug verhalten habe.

Solidarität: Wie könnte eine „Goldene Regel“ fürs Verhalten im Netz lauten?

Reiff: Sachliche und konstruktiv geäußerte Kritik bewirken immer mehr als Hass und Wut. Für menschenverachtende und hasserfüllte Postings hingegen gibt es keinerlei Rechtfertigung. Und angesichts der schwerwiegenden arbeitsrechtlichen Konsequenzen kann ich nur raten: Denke nach, bevor du postest!

Mehr Infos auf www.oegb.at ■

NICHT ALLES, WAS GLÄNZT, IST GOLD

BERUF(UNG): RESTAURATOR

Wie repariert man ein zerkratztes Knie oder eine abgebrochene Zehe? Die PatientInnen von Markus Gradner sind zumeist aus Gips, Kalk und Sand (Stuck) oder Stein. Und sie sind sehr alt. Mit der Zeit entstehen die kleineren oder größeren Schäden an Figuren und Gebäuden. Mit Spachtel und Kitt versucht Gradner dann zu retten, was noch zu retten ist. Am Ende lässt er mit der farblichen Anpassung an das Original Altes wieder in neuem Glanz erstrahlen. Doch nicht alles, was glänzt, ist Gold, weiß Gradner. Der gelernte Restaurator und Bildhauer ist bei der Sanierung des Volkstheaters aus dem Jahr 1889 in Wien im Einsatz. Unbeobachtet ist er dabei nicht. Das Denkmalamt hat ein Auge auf seine Arbeit. Denn so viel wie möglich soll im originalen Zustand erhalten bleiben. Gradner reinigt sorgfältig die Oberflächen aus Stuck, kittet und ergänzt Figuren mit Fingerspitzengefühl und verguldet die eine oder andere abgebröckelte Stelle neu. Das Gold ist in Wahrheit eine Mischung aus Kupfer und Zinn. Das Verfahren nennt sich Schlagmetallvergoldung, erklärt Gradner. Als letzter Schliff wird die Stelle mit einem harzähnlichen Schellack überzogen. Das schützt Kupfer und Zinn vor Verfärbungen durch die Luft – vor dem sogenannten Oxidieren. „Wenn man als Restaurator weiterkommen will, muss es eine Leidenschaft sein, man muss eine Liebe zu alten Objekten haben“, sagt Gradner, der sein Handwerk seit nunmehr 16 Jahren ausübt und vor fünf Jahren seine eigene Firma gegründet hat. Wie wird man eigentlich Restaurator? „Es gibt viele verschiedene Wege, von einer Lehre über eine Fachschule bis hin zum Studium Restaurierung oder der Bildhauerei, man muss viele alte Handwerkstechniken erlernen“, erzählt er von seinem Bildungsweg und der Vielfältigkeit des Berufs: „Das macht mir Spaß!“

Dieses Porträt gibt es auch als Video: www.kulturlotsInnen.at ■

Markus Gradner

Restaurator bei der Sanierung
des Volkstheaters



PERSONELLER WECHSEL IN DER ÖGB-LANDES-ORGANISATION BURGENLAND

Ernst Gruber, Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft vida im Burgenland, wird mit Jänner 2021 seinen wohlverdienten Ruhestand antreten. Seine Agenden übernimmt Oliver Krumpeck (links im Bild). Dessen Nachfolger als Regionalsekretär für die ÖGB-Region Eisenstadt/Mattersburg ist der Pöttschinger Andreas Holzer (rechts im Bild).

Krumpeck, der nach drei Jahren als ÖGB-Regionalsekretär in die neue Position bei der Gewerkschaft vida wechselt, freut sich über die neue Aufgabe, möchte es aber gleichzeitig nicht versäumen, sich bei seinen KollegInnen und den BetriebsrätInnen für die erstklassige Zusammenarbeit zu bedanken.

Auch Andreas Holzer blickt optimistisch in die Zukunft: „Ich bin sehr dankbar für diese Chance und werde, wenn es um die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, vollen Einsatz zeigen“, verspricht der zweifache Familienvater und langjährige Betriebsrat.

ÖGB-Landessekretär Andreas Rotpüller bedankte sich bei Krumpeck für dessen Engagement und hieß Holzer im Team herzlich willkommen. „Ich bin sicher, mit ihm die richtige Wahl getroffen zu haben. Auch er wird hervorragend performen und die großen Fußstapfen ausfüllen“, ist sich der ÖGB-Landessekretär sicher. ■

AUTOMATISCHES PENSIONSSPLITTING IST DER FALSCHER WEG

ÖGB-Frauen haben fertiges Modell für echte Verbesserung der katastrophal niedrigen Frauenpensionen und bieten Hilfe an.

Als längst überfällig fordert Hannelore Binder, Frauenvorsitzende des ÖGB Burgenland, Maßnahmen der Regierung gegen viel zu niedrige Frauenpensionen. Das von Ministerin Raab vorgestellte Modell des automatischen Pensionssplittings bringt nicht die gewünschte Verbesserung. „Dass man in der Regierung das Problem der viel zu niedrigen Frauenpensionen endlich erkennt, ist zwar erfreulich. Mit dem automatischen Pensionssplitting befindet man sich aber auf dem Holzweg. Denn damit werden keine Probleme gelöst, sondern nur Symptome kaschiert. Eine echte Verbesserung gibt es deshalb nicht“, kritisiert Binder.

Uraltes Rollenbild wird gefördert

„Frauen leisten einen Großteil der unbezahlten Arbeit, verdienen in ihrem gesamten Arbeitsleben weniger und werden am Ende zum Dank mit einer Minipension abgespeist. Das automatische Pensionssplitting fördert hingegen ein uraltes Frauen- und Rollenbild“, ärgert sich ÖGB-Frauenvorsitzende Binder über die Pläne zum automatischen Pensionssplitting.

Regierung will Verantwortung abgeben

Anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen, wolle die Regierung mit dem verpflichtenden Pensionssplitting wieder einmal Verantwortung an die Österreicherinnen abgeben, sagt Binder. Doch gesellschaftliches Unrecht könne man nicht mit fragwürdigen innerfamiliären Finanztransfers bekämpfen. „Das ist eine Kernaufgabe des Staates und seiner Regierung. Dafür sind sie gewählt und dafür werden sie auch bezahlt“, kritisiert die Frauenvorsitzende.

ÖGB-Frauen haben andere Pläne

Die Pläne der ÖGB-Frauen hingegen sehen anders aus: Sie haben ein Modell der fairen Anrechnung von Kindererziehungszeiten erarbeitet. Dieses Modell sieht auch einen Bonus für jeden Elternteil vor, der bereits in der Vergangenheit Kindererziehungszeiten erworben hat, und erhöht die Pension der betroffenen Menschen sofort. „Dieses Modell kann ernsthaft die Situation der katastrophal niedrigen Frauenpensionen ändern“, betont Binder. ■



MITBESTIMMEN HEISST AUCH MITEINANDER GESTALTEN

Gerade zu Beginn der Corona-Pandemie hatten viele Jugendliche das Gefühl, dass Demokratie und Mitbestimmung in Gefahr sind. Wie es um die Mitbestimmung von Jugendlichen in der Gesellschaft steht und wie ernst sie genommen werden, schildert Jugendforscherin Beate Großegger im Interview mit der Solidarität.

INTERVIEW: Barbara Kasper

Solidarität: Haben Jugendliche in Österreich zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten?

Großegger: Ja und nein. Es wird zwar viel diskutiert, doch zu echten Konsequenzen führen die Diskussionen, die Jugendliche anstoßen, eher selten – übermäßig motivierend ist das für Jugendliche nicht. Für mich als Jugendforscherin wirkt es ein wenig so, als wäre man zwar an den Ideen der Jugend interessiert, mehr aber nicht.

Zudem finden sich Lehrlinge in Jugendpartizipationsprojekten oft nicht wieder, weil hier höhere Bildungsschichten bevorzugt werden. Viele Lehrlinge fragen sich, was das mit ihnen zu tun hat. Solange sich das nicht ändert, dürfen wir auch nicht erwarten, dass sich diese Jugendlichen stärker beteiligen.

Solidarität: Gibt es Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen?

Großegger: Ja, durchaus: Mädchen werden in unserer Gesellschaft mit ihren Anliegen noch immer nicht gleich gehört wie Jungs. Hier liegt das Problem bei der Erwachsenengesellschaft, die, selbst wenn sie Gleichbehandlung von Mädchen und Jungs einfordert, oft nicht gut genug zuhört, sobald die Mädchen ihre Anliegen vorbringen.

Mädchen interpretieren Mitbestimmung wohl oft auch anders als Jungs: Sie geben sich weniger offensiv, treten eher dialogorientiert auf, sind weniger tonangebend und ringen meist weniger um Deutungshoheit. Sie verstehen Mitbestimmung als Mitgestalten, oder besser, Miteinander-Gestalten.

Solidarität: Wann muss der Grundstein für Beteiligung gelegt werden?

Großegger: Begreift man Mitbestimmung wie ich als Mitreden plus Mit-Verantwortung-Tragen, dann sollten möglichst früh Grundsteine dafür gelegt werden: in den Familien und auch in den Schulen. Zumal Mitreden vielleicht gar nicht so schwer ist und sich beim Mitreden auch schnell hohe Ziele formulieren lassen. Für das Erreichen der Ziele gemeinsam Verantwortung zu tragen, ist deutlich herausfordernder. Was gelernt und geübt werden muss, ist, sich realistische Ziele zu setzen, genauso wie Dialogfähigkeit und das richtige Quäntchen Pragmatismus.

Solidarität: Was haben Sie vom Vorschlag der ehemaligen Sozialministerin Hartinger-Klein gehalten, den Jugendvertrauensrat abzuschaffen?

Großegger: Ich beteilige mich an dem Spiel, Politik zu kommentieren, nicht, sondern fokussiere auf meinen Kompetenzbereich, die Forschung. Aus der Perspektive der Sozialwissenschaftlerin, die sich seit langen Jahren damit beschäftigt, was Jugendliche bewegt, kann ich aber Folgendes sagen: Immer dann, wenn es aus Sicht der Jugendlichen schwierig wird, sind Ansprechpersonen für junge Menschen wichtig. Denen können sie mit Vertrauen begegnen, und die können im Bedarfsfall auch zwischen unterschiedlichen Anliegen vermitteln. ■



Dr. Beate Großegger ist wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien. Darüber hinaus ist sie an mehreren österreichischen Universitäten als externe Lehrbeauftragte tätig.

JUGENDMITBESTIMMUNG IM BETRIEB

Analog zu Betriebsräten haben auch Jugendliche im Betrieb eine gewählte Vertretung. Der Jugendvertrauensrat kümmert sich um die Anliegen der Lehrlinge und jugendlichen Beschäftigten. Im Jahr 2018 wollte die türkis-blaue Bundesregierung den Jugendvertrauensrat abschaffen – die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) konnte diesen Angriff abwehren. Mehr dazu: www.oegj.at/jvr

ÖGJ für kritischen Umgang mit Sozialen Medien

Die Bundesjugendförderung 2020 unter dem Thema „Socializeme(dia)“ soll Jugendliche dazu bewegen, Medieninhalte und den eigenen Medienkonsum kritisch zu hinterfragen. Dabei soll auch die Eigenverantwortung im Umgang mit sozialen Medien nähergebracht werden.

Im Zuge von E-Youthwork soll des Weiteren die alltägliche Arbeit vereinfacht werden, indem man soziale Netzwerke für einen schnelleren Informationsfluss nutzt. Wie wichtig der schnelle und richtige Einsatz von sozialen Netzwerken ist, kann damit einmal mehr unter Beweis gestellt werden.

Verlorene Generation verhindern

Eine hitzige Diskussion gab es kürzlich bei der Tagung des ÖGB-Regionsvorstandes Mostviertel/Eisenstraße. Thema war die sogenannte „Lost Generation“. Als Referenten gewann man dazu den ÖGB-NÖ-Jugendsekretär Jürgen Schrönhammer. Die Gewerkschaftsjugend warnt angesichts der derzeitigen Corona-Krise vor einer Ausbildungskatastrophe. Sie fordert ein Maßnahmenpaket, um eine „Generation Corona“ zu verhindern. Konkret soll ein Corona-Notausbildungsfonds in der Höhe von 140 Mio. Euro zur Unterstützung von Betrieben eingerichtet werden, die trotz Corona-bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Lehrlinge ausbilden. Sonst bleibt zu befürchten, dass es zu einem massiven Wegfall von Lehrstellen kommen wird.

Garant für neue Mitglieder

Erfolgsmeldung aus der Thermenregion Wienerwald: Seit 2015 werben die GewerkschaftsschülerInnen in ihren Lehrgängen Mitglieder, und das mit vollem Erfolg. Bisher wurden dadurch knapp 800 Menschen dazu bewegt, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Die Gewerkschaftsschule ist somit ein regionaler Garant für neue Mitglieder. Ein Teil des Erfolges ist der lehrgangsübergreifende Austausch.

MAYR-MELNHOF SCHLIESST WERK IN HIRSCHWANG

Die Ankündigung des Mayr-Melnhof-Konzerns, die Papierfabrik in Hirschwang im Bezirk Neunkirchen zu schließen, hat in der Region zu einer tiefen Betroffenheit geführt. 150 MitarbeiterInnen verlieren durch diese fatale strategische Entscheidung des Unternehmens ihren Job. Gewerkschaft und Politik sind über die Art und Weise des Rückzugs von Mayr-Melnhof stinksauer. „Die Vorgangsweise ist ein Witz. Der vorgelegte Sozialplan ist meines Erachtens eine bodenlose Frechheit. So einfach wird es sicher nicht gehen“, betont der Regionalsekretär der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), Johannes Steiner.

Obwohl das Unternehmen mit der Papierfabrik in Hirschwang noch

2018 ein Rekordjahr hingelegt hatte, will Mayr-Melnhof den Standort einfach schließen. Der genannte Grund ist für die Belegschaft kaum nachzuvollziehen. Weil die Kartonmaschine, die seit 1952 im Einsatz steht, in die Jahre gekommen ist, will man kein Geld mehr in die Erneuerung investieren.

„Der Betriebsrat wurde von einem Firmenvertreter vor vollendete Tatsachen gestellt. Es hatte niemand den Mut, sich vor die Belegschaft zu stellen und es dort zu verkünden“, sagt Steiner. Die Inhalte des vorgeschlagenen Sozialplans sind laut Gewerkschaft völlig inakzeptabel. ■



OPEN-AIR-SOMMERKINO IM WALDVIERTEL

Zum mittlerweile 6. Mal fand das Open-Air-Sommerkino im Moorbath Schrems statt. Organisiert von den Waldviertler Jugendvertrauensräten, der ÖGJ NÖ und AK Young NÖ wurde heuer der Film „Bohemian Rhapsody“ (Entstehungsgeschichte der Band Queen) gezeigt. Die Waldviertler Jugendvertrauensräte stellten auch heuer wieder eine erfolgreiche Veranstaltung auf die Füße, bei der vor allem der Zusammenhalt in der Gruppe durch die gemeinsamen Aktivitäten (wie Getränkeverkauf, Sessel stellen, Montage und Organisation von Firmen-Transparenten, Bewerbung etc.) gefördert wurde. Trotz Starkregen kamen insgesamt 191 BesucherInnen. ■

„DIE POLITIK NIMMT DEMOKRATIE NICHT ERNST GENUG“

Im ÖGB-Podcast geht es um die Frage, ob die Corona-Krise unsere Demokratie in die Knie zwingt

TEXT: Peter Leinfellner



ÖGB-Podcast
„Nachgehört /
Vorgedacht“
ModeratorInnen
Stephanie Veigl
& Peter Leinfellner

Seit Monaten herrscht die sogenannte „neue Normalität“. Immer wieder wurden mittels Verordnungen unser Leben und unsere Freiheiten eingeschränkt. Als die Beraterin von Kanzler Kurz, Antonella Mei-Pochtler, dann in einem Interview verkündete, dass „sich die europäischen Länder an Tools (wie Contact Tracing Apps) gewöhnen müssen, die am Rand des demokratischen Modells“ seien, gab es postwendend einen Aufschrei. Anlass genug, diese Aussage im ÖGB-Podcast „Nachgehört / Vorgedacht“ zu beleuchten. Mit Studiogast Dr. Günther Sandner von der Universität Wien hat das ÖGB-Podcast-Team das Zitat von Mei-Pochtler nachgehört und gemeinsam vorgedacht, was es für unser Leben bedeutet.

Nur die Macht zählt

„Das ist ein Politikverständnis mit sehr problematischen Facetten“, stellt Sandner gleich zu Beginn klar. Bei der Regierungspartei ÖVP ortet er zudem „Respektlosigkeit und Distanz gegenüber dem Parlament“. Das sei insofern mehr als bedenklich, als das Parlament eines der „Schlüsselemente der Demokratie“ sei. Wichtige parlamentarische Untersuchungsausschüsse werden laut Sandner zum Beispiel nicht mehr ernst genommen

und als lästig empfunden. Was zählt, sei einzig und allein Macht.

Im Gespräch mit Podcast-Moderatorin Stephanie Veigl lässt Sandner keinen Zweifel daran, dass das Virus zwar „eine Zumutung für unsere Demokratie“ sei, verrät aber auch, warum wir von einer Auflösung der Demokratie weit entfernt sind. Im Podcast wird aber auch ein spannender Blick zurückgeworfen, wenn Sandner schildert, welche Rolle die ArbeiterInnenbewegung beim Aufbau der Demokratiebewegung in Österreich hatte. Nicht zuletzt wird aufgedeckt, was wirklich hinter teils sehr harten Angriffen auf Betriebsräten steckt.

Jetzt Reinhören!

Neugierig? Der ÖGB-Podcast „Nachgehört/Vorgedacht“ bietet noch mehr: Warum sind niedrige Pensionen weiblich? Helfen Milliardenpakete wirklich gegen die Corona-Krise? Diese und viele weitere Antworten gibt's auf podcast.oegb.at sowie auf allen gängigen Podcast-Apps wie Spotify und iTunes – alle zwei Wochen eine neue Folge. Einfach im Suchfeld „Nachgehört Vorgedacht“ eintippen, auf „Abonnieren“ bzw. „Folgen“ klicken und los geht's! ■



© auremar – stock.adobe.com

Hier gibt's
was auf die
Ohren!

Analysen, Interviews und Geschichten, die Menschen bewegen.
Wir hören genauer hin:
Wie geht es Österreichs Beschäftigten?
Wie funktioniert eigentlich Politik?
Und wo muss sie besser werden?
Jetzt Reinhören!

podcast.oegb.at



ÖGB-KULTURANGEBOTE

Einmal dort hineinschnuppern, wo man für gewöhnlich nicht hinkommt: Dafür sorgen die KulturlotsInnen des ÖGB. Sie organisieren spezielle Führungen im Kunst- und Kulturbereich für Betriebsausflüge in oder nach Wien. Die Coronavirus-Pandemie hat das Programm zwar etwas eingeschränkt, die KulturlotsInnen ließen sich dennoch etwas einfallen: Mit Videokamera und Mikrophon ausgestattet, begleiten sie den beeindruckenden Umbau des Volkstheaters.

Die ersten Videos dazu sind jetzt schon online auf www.kulturlotsInnen.at zu sehen. Und wenn es die Pandemie erlaubt, gibt es schon im Dezember und damit noch vor der Wiedereröffnung exklusive Führungen durch das Volkstheater. Dieses und viele weitere Angebote gibt es mit dem VÖGB Newsletter für Freizeit und Kultur. Diesen kannst du unter kultur@oegb.at bestellen. ■



ÖGB-Kulturlotsin Barbara Weber führt durchs Volkstheater

NEUE ONLINE-KURSE



Beim BFI gibt es viele neue E-Learning-Angebote

Gerade in herausfordernden Zeiten zeigt sich einmal mehr: Wer sich ständig weiterbildet, ist den Veränderungen am Arbeitsmarkt am besten gewachsen. Das passende Angebot dazu hat das Berufsförderungsinstitut (BFI): EDV-Schulungen und Sprachkurse gibt es dort genauso wie Lehrgänge für Buchhaltung und Arbeitsrecht, Projektmanagement und Vorbereitungskurse für die Berufsreifeprüfung.

Teile werden dabei im Präsenz-Unterricht angeboten und durch Online-Phasen ergänzt. Im Bedarfsfall kann jederzeit zur Gänze auch auf E-Learning umgestellt werden. So können etwa Ausbildungen für Sicherheitsfachkräfte und Datenschutzbeauftragte, die TrainerInnen-Weiterbildung „Digital Trainer“ und Fern-Hochschullehrgänge bequem von zu Hause aus absolviert werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen werden die zeit- und ortsunabhängigen E-Learning-Angebote ständig erweitert. Alle angebotenen Kurse gibt es unter: www.bfi.at/kurse/kurssuche/ ■

TICKETS, TICKETS, TICKETS

Halloween im Familypark? Oder doch lieber Beethoven im Wiener Musikverein? Auch in Zeiten des Coronavirus braucht der Mensch Kultur. Welche Veranstaltungen gerade möglich sind und alle ermäßigten Ticketpreise für Mitglieder gibt's online unter: kartenstelle.oegb.at ■

ÖGB KARTENSTELLE

BILDUNG GIBT'S AUCH GRATIS

Ob soziale Kompetenz, Umwelt und Arbeit oder Wirtschaft: Die Skripten-Reihe des VÖGB lädt zum Selbstlernen ein und ist die optimale Vorbereitung für einen Kurs oder Lehrgang. Auch als VÖGB Skriptenkiosk im App Store und Google Play Store verfügbar. voegb.at/skripten ■



PREISVORTEILE FÜR MITGLIEDER

Von Winterreifen bis zu 1.000 Geschenkkideen: Mit den Card-Angeboten für Herbst und Winter kann man bares Geld sparen. Die aktuellen Preisvorteile für Mitglieder gibt's jede Woche im ÖGB-Newsletter (Anmeldung auf Seite 3) oder online unter: preisvorteil.oegb.at ■

Haushalts kredit mit Klima Bonus

Finanzieren Sie Ihre neuen umweltfreundlichen A+++ Haushaltsgeräte mit einer KreditBox Schnell und holen Sie sich Ihren KlimaBonus in Ös.



Bis zu
10.000 Ös
geschenkt!

#weiter

Die BAWAG P.S.K. für Mensch und Umwelt.

Aktion gültig bis 31.10.2020. Mindestkreditbetrag 4.000 Euro, positive Bonitätsprüfung vorausgesetzt. Ab einem Kaufpreis von 500 Euro gibt's 5.000 Ös geschenkt, natürlich zusätzlich zu den 5.000 Ös Ihrer KreditBox Schnell. Der Nachweis für den Kauf der A+++ Haushaltsgeräte ist bis 30.11.2020 zu erbringen, damit die 5.000 Ös gutgebucht werden können. Die Aktivierung Ihrer KontoBox Small bis XLarge für den jö Bonus Club in einer BAWAG P.S.K. Filiale ist Voraussetzung.

BUCHTIPP: „RESTPOSTEN: SIND UNSERE JOBS NOCH ZU RETTEN?“

Mehr als 20 Jahre lang hat der gebürtige Ostberliner **Michael Opoczynski** das ZDF-Magazin WISO moderiert. Schon 2005 hat der studierte Politikwissenschaftler sein erstes Buch mit dem Titel „Die Blutsauger der Nation: Wie ein entfesselter Kapitalismus uns ruiniert“ veröffentlicht – viele weitere sollten folgen. Im August 2020 erschien sein bis dato letztes Werk. Mit „Restposten: Sind unsere Jobs noch zu retten?“ stellt Opoczynski wesentliche Fragen zur Zukunft unserer Arbeitswelt. Sie verändert sich nämlich radikal: Der Faktor Mensch wird in vielen Branchen immer unbedeutender – und zwar

nicht nur dort, wo man mit künstlicher Intelligenz rechnen würde. Mit „Restposten“ will Michael Opoczynski aber nicht nur die großen Probleme aufzeigen, er bietet auch Lösungsansätze. Denn klar ist für ihn: Von allein wird diesmal nicht alles einfach wieder gut werden. Im YouTube-Kanal des ÖGB gibt es ein spannendes Interview mit dem Autor. Das Buch selbst ist in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags sowie online im fairen Buchshop auf besserwelt.at erhältlich. ■



ROTE-RÜBEN-NUDELN MIT KÜMMELCREME UND MAJORAN



ZUTATEN: (FÜR 4 PORTIONEN)

- » 1 LITER ROTE-RÜBEN-SAFT
- » SALZ
- » WEISSER PFEFFER AUS DER MÜHLE
- » 1 TL GETROCKNETER MAJORAN
- » EIN SPRITZER WEISSER BALSAMICO
- » 2 MESSERSPITZEN AKAZIENHONIG
- » 300 GRAMM FLECKERL, FARFALLE ODER SPIRALNUDELN
- » 250 MILLILITER SAUERRAHM
- » EINE PRISE GEMAHLENER KÜMMEL
- » EIN SPRITZER WEISSER BALSAMICO ODER ZITRONENSAFT
- » FRISCHER MAJORAN

Auf der Suche nach einem herbstlichen Gericht haben wir in unserer Schatztruhe gewühlt und ein erlesenes Rezept gefunden, das wir vor genau sechs Jahren in der Solidarität veröffentlicht haben. Es entstammt dem Buch „Einer für ALLES. 80 Rezepte und ein Topf“, in dem Meinrad Neunkirchner und Katharina Seiser 80 Gerichte versammelt haben, für die man jeweils nur einen einzigen Topf braucht. Besonders schnell und einfach sind die Rote-Rüben-Nudeln, für die man nicht einmal Gemüse schneiden muss – und das Ergebnis ist trotzdem ein ganzes, echtes Mittagessen! Rote-Rüben-Saft mit Salz, Pfeffer, Kümmel, Majoran, Balsamico und Honig im Topf vermischen, aufkochen. Für die Kümmelcreme Sauerrahm mit Salz, Kümmel und Balsamico oder Zitronensaft verrühren und abschmecken. Nudeln im Rote-Rüben-Saft bissfest kochen. Mit einem Sieblöffel herausnehmen. Saft dickflüssig einreduzieren, abschmecken. Nudeln beifügen, einmal durchrühren, evtl. gekochte Rote-Rüben-Würfel beifügen. Anrichten. Mit Majoran garnieren, mit Kümmelcreme beträufeln. Fertig. Falls auch du ein gutes Rezept kennst, das du gerne mit anderen teilen möchtest, schicke es mit dem Betreff „Rezept“ an soli@oegb.at. Unter allen Einsendungen werden wir gemeinsam mit unseren ExpertInnen das beste Rezept auswählen und in der nächsten Ausgabe der Solidarität veröffentlichen!

VERLOST WERDEN:

5 Exemplare des Sammelbands „Lesen gefährdet die Dummheit. Gedanken zur Demokratie“. Der Sammelband enthält die wichtigsten Texte von Platon, Cicero, Immanuel Kant, John Stuart Mill und vielen mehr.

Mehr Bücher zum Schmökern gibt es online auf: besserewelt.at

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität

Johann-Böhm-Platz 1

1020 Wien

oder gewinnspiel@oegb.at

EINSENDESCHLUSS: 30.10.2020

Auflösung des Rätsels Solidarität Nr. 988

■ U ■ ■ W ■ ■ J ■ E ■
 ■ M A M A R E I S E ■
 ■ S K O R B U T ■ S ■
 ■ K O H L E ■ I ■ K E N ■
 ■ N ■ L ■ A N G I N A ■
 ■ S T I L L E ■ S ■ A ■
 ■ T A G ■ B ■ S T U R ■
 ■ N ■ R A T T E R N ■
 ■ C O T T O N ■ A ■ T ■
 ■ V E R B ■ A D L E R ■
 ■ A ■ O B U S ■ S I O ■
 ■ P L A G E ■ S P A L T ■

Lösungswort:
VERTEILUNG

starker Zweig	asiat. Duffe-massage (2 Wörter)	sehr kleines Teilchen	Guckloch	Abk.: Inter-city-Express	Abk.: Anrainer	Kraftstoffart (Kurzw.)	kurz für: Religionsunterricht
		Verlust, Defekt		Strom in Afrika jg. Hotel-dienner			öster. Dichter (von ...) † 1906
veraltet: Eisenbahn-abteil		Liege-statt im Schlaf-wagen	Kosten-punkt der Reise				
best. Artikel (3. Fall)	südamer. Wurfgerät			Schlag		Durcheinander	
			Erbauer der Semmering-bahn † anwesend				
Luft holen	Temperatur-einheit	Gesund-macher					
				Öl-pflanze	Farbton		wert-volle Holzart
Verwaltungs-bezirk im MA.	Abk.: Medizin	Aufguss-getränk	die genet. Anlagen Kanton d. Schweiz				
Reife-prüfung					Segel-kommando		
			europ. Hauptstadt (Landes-sprache)				
Teil der Radauf-hängung	Zahl-wort				Scherz, Spaß		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----




OGB

MITGLIEDER-RABATT¹⁾

8%

ZUSÄTZLICH

1) Der Mitgliederrabatt gilt vom bisherigen Verkaufspreis für Neuaufträge und on top auf alle Prozentaktionen, gilt auch für Werbe- und Aktionsware sowie bei Aktionen der Kika Kundenkarte und der Leiner Vorteilskarte, ausgenommen davon sind bereits reduzierte Ausstellungsprodukte, Warengutscheine, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/Zubehör und Lebensmittel. Gültig bis 31.12.2020



Unser kika Service für Sie

24h³⁾

EXPRESS LIEFERUNG

IN GANZ ÖSTERREICH AUF LAGERNDE ARTIKEL

SELBST ABHOLBUS²⁾

Keine Platzprobleme beim Transport mit dem kika Selbstabholbus.



Leiner

UNSER LEINER SERVICE FÜR SIE

SELBST ABHOLBUS²⁾

GROSSE MÖBELSTÜCKE EINFACH SCHNELL NACH HAUSE BRINGEN.

24 Std.³⁾

EXPRESS LIEFERUNG

IN GANZ ÖSTERREICH AUF LAGERNDE ARTIKEL

Nähere Informationen bei Ihrem Leiner Einrichtungsberater und auf www.leiner.at

2) Die Vollkasko-Kostenbeteiligung beträgt € 19,90 pro Tag und beinhaltet eine Fahrstrecke von max. 200 km
 3) Manchmal muss es schnell gehen. Kommen Sie in Ihr Einrichtungshaus, treffen Sie Ihre Auswahl aus unseren lagernden Produkten und in 24 Stunden wohnen Sie, wie es Ihnen gefällt. Auf Wunsch inklusive Montage. Wir sind so schnell wie das Leben. Nähere Informationen erhalten Sie in Ihrem Einrichtungshaus.

Warme Steppjacken in tollen Farben!
Die raffinierte, ultraleichte Alternative zur Daunenjacke



★★★★★
Das sagen Kunden:
„Superschicke Jacke!“
Eine tolle Jacke! Für jeden Zweck einsetzbar! Gute Passform!
Mehr Bewertungen online



Damen



Herren

- Damen Steppjacken**
- petrol Art.-Nr. 62.246.503
 - beere Art.-Nr. 62.246.516
 - türkis Art.-Nr. 62.246.529
 - schwarz Art.-Nr. 62.246.532

UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 29,99
NEUKUNDEN-PREIS
€ 22,49
Sie sparen € 76,51 gegenüber dem UVP*

- Herren Steppjacke**
- marine Art.-Nr. 62.246.545
 - blau Art.-Nr. 62.246.558
 - anthrazit Art.-Nr. 62.246.561
 - bordeaux Art.-Nr. 62.246.574

Größen

36	38	40	42	44	46	48	50
----	----	----	----	----	----	----	----

Größen

M	L	XL	XXL	3 XL
---	---	----	-----	------

BESTELLSCHEIN A30216 mit 30 Tage Rückgaberecht

Bestellen leicht gemacht! 0 512 / 34 33 44
bestellung@personalshop.com FAX 0 512 / 34 33 44-400

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN- PREIS
			Nordcap Herren Steppjacke	€ 22,49
			Nordcap Damen Steppjacke	€ 22,49

25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf www.personalshop.com

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **A30216** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

25%
Neukunden-Rabatt
auf ALLE Artikel!

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 0 512 / 34 33 44, Fax: 0 512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geb. Datum: _____ E-Mail: _____

Gleich einsenden an:
Servus Handels- und
Verlagsgesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol

- 5-Sterne-Personalshop-Garantie**
- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
 - ★ Schnelle Lieferung
 - ★ Höchster Qualitätsstandard
 - ★ Bestpreis-Garantie
 - ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

* Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank